

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

54. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 2. Dezember 1916

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 139

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Arbeitsfrage: Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. — Beiträge zur Frage der Volksernährung.

Volkswirtschaft: Fragen der Zukunft.

Korrespondenzen: Mannheim. — Saarbrücken.

Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Gehilfenprüfungen. — Einer, der sich selbst hilft! — Massenprotest von Zeitungsmitarbeitern. — Der Beschäftigungsgrad im Buchdruckgewerbe. — Die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe. — Die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden. — Allgemeine Lage des Arbeitsmarktes im Oktober. — Reichstag und Zivildienstgesetz.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände

In den Tagen vom 20. bis 22. November fand wieder eine solche in Berlin statt. Es waren Fragen der Kriegsfürsorge und Übergangswirtschaft, mit denen sie sich in erster Linie zu beschäftigen hatte; aber auch innere Streitfragen der Arbeiterbewegung gehörten zu ihren Beratungspunkten. Die Rücksicht auf die Behandlung dieser Fragen in der Presse hatte Veranlassung geboten, auch die Gewerkschaftsredakteure zur Teilnahme an dieser Konferenz einzuladen. So war die letztere doppelt so stark besucht wie die früheren Konferenzen.

Am ersten Tage wurde die Monopolfrage erörtert, die durch ein instruktives Referat von W. Janßen eingeleitet wurde. Die Beratung dieser Frage nahm Bezug auf diejenigen Arbeiterforderungen, die bei einer nach dem Kriege zu erwartenden Verstaatlichung größerer Zweige der Privatwirtschaft im Interesse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu erheben seien. Der Referent legte dar, daß die Bestrebungen der Monopolisierung wichtiger Industrien und Erwerbsquellen zugunsten des Finanzbedarfs von Reich und Staaten nach dem Kriege sich kreuzen mit Strömungen in Unternehmerkreisen, dem Reich im Wege der Zwangshyndizierung größere Steuererträge zur Verfügung zu stellen, ohne deshalb mit dem System der Privatwirtschaft zu brechen. Die Gefahr liege nahe, daß solche Zwangshyndikate sich zu Privatmonopolen entwickeln, die sich für ihre öffentlichen Aufwendungen ungleich mehr an Abnehmern und Arbeitern bereichern. Es seien deshalb für Zwangshyndikate die gleichen Forderungen im Interesse der Arbeiterschaft zu erheben wie für Reichs- und Staatsmonopole. Der Redner wies auch darauf hin, daß das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ als führendes Organ der Arbeiter die Monopolfrage hinsichtlich der einzelnen Erwerbszweige von sachverständigen Mitarbeitern behandeln lasse, und daß weiterhin eine wissenschaftliche Bearbeitung dieser Materie bereits im Druck sei, die in Kürze erscheinen werde. Die Beratung dieses Problems füllte fast den ganzen ersten Verhandlungstag aus. Neben Anschauungen, die der Monopolisierung bedenkenlos zustimmten, trafen auch solche hervor, die sich vom Standpunkte der Arbeiterklasse sowohl als Lohnarbeiter wie auch als Verbraucher ernste Bedenken nicht verhehlten. Einig war man sich jedoch in der Auffassung, daß man der Verstaatlichung von Industriezweigen nicht ohne bestimmte Garantien für die rechtlichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zustimmen dürfe. In diesem Sinne veränderte man sich über die zu erhebenden Forderungen und über die Art ihrer Geltendmachung durch die Generalkommission wie im Bedarfsfalle durch die Organisation der von Monopolplänen betroffenen Arbeiterberufe.

Den nächsten Beratungspunkt bildete ein Antrag des Verbandstages der Schuhmacher vom 22. Juli d. J., auf die Tagesordnung der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände die Frage der „Fernhaltung des Parteistreits von den Zentralverbänden“ zu setzen. Der Referent des Verbandstages der Schuhmacher, Vorsitzender Simon, hatte an der Haltung der Generalkommission sowie des „Korrespondenzblattes“ in dem Parteistreit lebhaften Anstoß genommen und eine neutrale Haltung verlangt. Der Vertreter der Generalkommission auf dem Schuhmacherverbandstage (Silberschmid) hatte

dargelegt, daß die Generalkommission und ihr „Korrespondenzblatt“ nicht bloß berechtigt waren, zu dem in der Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gipfelnden Parteistreit im gewerkschaftlichen Interesse Stellung zu nehmen, sondern daß sie sich auch völlig im Einverständnis mit der Stellungnahme der Vorstände sowohl zu Anfang des Kriegs als auch in der Konferenz vom 5. bis 7. Juli 1915 befänden, wie Simon recht wohl wisse. Er hatte nahegelegt, keine Entscheidung des Verbandstages über die Generalkommission und ihr Blatt zu fällen, sondern diese Angelegenheit auf einer der nächsten Vorstandskonferenzen zur Erörterung zu bringen, womit sich Referent und Verbandstag der Schuhmacher einverstanden erklärt hatten. Die Verhandlung dieses Antrags nun auf der Vorstandskonferenz nahm eine volle Sitzung in Anspruch. Der Standpunkt von Simon und des Redakteurs von „Schuhmacherfachblatt“ (Wock), daß die Gewerkschaften die Vorgänge in der Fraktion und Partei nichts angehen dürfe, wurde von keinem der zahlreichen Redner geteilt. Vielmehr wurde betont, daß es sich hier auch um ganz wesentliche Gewerkschaftsinteressen handle, zu denen die Gewerkschaften noch vor der Reichstagsfraktion (nämlich in der Konferenz vom 2. August 1914) Stellung genommen haben, daß die Faltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion sich durchaus mit den Interessen der Gewerkschaften decke, und daß es Pflicht der Gewerkschaften und ihrer Presse sei, im Sinn ihrer bisherigen Beschlüsse zu wirken. Nicht das Eintreten für die Mehrheitsfraktion wirke gewerkschaftsschädigend, sondern der Disziplinbruch der Fraktionsminderheit und deren Fraktionspaltung, die die Vertretung der Gewerkschaftsforderungen im Reichstag entkräftet. Mit allen gegen drei Stimmen wurde folgender Beschluß gefaßt:

Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände ist sich nach wie vor völlig einig in der wiederholt festgestellten Auffassung, daß die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstags zum Krieg allein den Interessen der Gewerkschaften entsprochen hat und noch entspricht. Sie lehnt die gegen die Generalkommission und gegen die Gewerkschaftspresse gerichteten Angriffe und Vorwürfe als durchaus unbegründet ab und geht zur Tagesordnung über.

Am dritten Tage beschäftigte sich die Konferenz nach eingehenden Darlegungen mit den schon jetzt überhandnehmenden Bestrebungen, die Kriegsteilnehmer als Krieger zu organisieren, wofür neben kameradschaftlichen Anknüpfungspunkten auch das Unterstützungswesen und die Kriegsfürsorge in den Vordergrund gestellt würden. Man solle diese Strömung nach dem Kriege nicht unterschätzen, sondern rechtzeitig geeignete Maßnahmen treffen. Der Verlauf der Diskussion zeigte, daß diese Frage noch eingehender Erwägungen in den Vorständen der Gewerkschaften bedürfe. Doch ergab sich darin Übereinstimmung, daß die Gewerkschaften sich auch nach dem Kriege der Fürsorge für die Kriegsteilnehmer nicht entziehen können. Die Angelegenheit soll nach Rückkehrung der Vorstände nochmals eine spätere Konferenz beschäftigen.

Zu dem bedeutsamsten Tagesordnungspunkte dieser Konferenz gestaltete sich die Stellungnahme zur Einführung einer vaterländischen Hilfsdienstpflicht, über welche Legien und Bauer von den Vorberhandlungen mit den zuständigen Regierungsstellen Bericht erstatteten. In diesen Verhandlungen, wie solche auch mit Vertretungen von Arbeitgeberern stattgefunden haben, wurden die rechtlichen und wirtschaftlichen Wirkungen, die sich außer für alle Volksgenossen insbesondere für die Arbeiter ergeben, auf das Eingehendste erörtert und die Kaufleute verlangen, die eine Schädigung der Arbeiterinteressen ausschließen. Das neue Gesetz solle kein einseitiger Arbeitszwang für Angehörige der Arbeiterklasse werden, sondern unterschiedslos alle männlichen Staatsbürger vom 17. bis zum 60. Lebensjahre zu Arbeiten im Interesse der Landesverteidigung bzw. Volksernährung heranziehen. Auf Frauen solle keinerlei Arbeitszwang ausgeübt werden. In Verhandlungen mit den zuständigen Stellen sei kein Gehl daraus gemacht worden, daß man einem solchen Gesetze nur dann zustimmen könne, wenn ausreichende Garantien

zum Schutze der rechtlichen und wirtschaftlichen Arbeiterinteressen geschaffen würden. Arbeiter, die nach andern Orten verpflanzt würden, müßten Familienzuschüsse und Freifahrt für den Besuch ihrer Angehörigen erhalten. Über Differenzen aus örtlichen Verlegungen müßten paritätische Schlichtungskommissionen entscheiden. Die Lohnfrage müsse durch paritätische Ausschüsse sowie durch Berufungsinstanzen geregelt und das Koalitionsrecht der Arbeiter bedingungslos anerkannt werden. Die Ausführungsbestimmungen könnten nicht dem Bundesrat allein überlassen bleiben, sondern müssen durch den Reichstag festgesetzt werden, denn auf die Durchführung komme es hauptsächlich an. Es wurde berichtet, daß die Arbeiterforderungen bei den militärischen Behörden stets ein weitgehendes Verständnis gefunden hätten als bei den Zivilbehörden, weshalb es besser sei, die Durchführung des neuen Gesetzes auf militärische Basis zu stellen. Die Konferenz stimmte nach kurzer Debatte den Grundrissen für die Sicherstellung der Arbeiterrechte in dem neuen Gesetzentwurf zu.

Der Bericht der Generalkommission, der am dritten Tage gegeben wurde, gliederte sich in drei Abschnitte. Legien berichtete über die allgemeinen Angelegenheiten, Bauer über eine Reihe von Spezialfragen und Robert Schmidt über Ernährungsfragen. Der allgemeine Bericht erstreckte sich auf das Zusammenwirken mit sozialpolitischen Organisationen in Erziehungs- und Unterrichts-, Wohnungsreform- und Arbeiterrechts- sowie Heimarbeitfragen, auf den Empfang einer skandinavischen Delegation von Arbeitervertretern sowie den Besuch einer Anzahl ausländischer Pressevertreter, auf die Kriegsschädigtenfürsorge, auf Koalitionsrechtsfragen, Kriegs-ernährungsamt und Kriegsanzleihe, auf das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes und auf einige interne Gewerkschaftsfragen. In dem Spezialberichte wurden Verhandlungen mit dem Zentralverband der Konsumvereine, Arbeitsnachweisfragen, der Sparzwang für Jugendliche, Bevölkerungspolitik und Mutter- schutz, Fürsorge für Kriegerfamilien, Zensurangelegenheiten und Organisationsfragen behandelt. Der Bericht von Schmidt endlich ergab eine eingehende Darstellung der gegenwärtigen Ernährungs-schwierigkeiten und der zwar aufreibenden, aber doch nicht erfolglosen Arbeit der Gewerkschaftsvertreter auf diesem Gebiete.

Daran schloß sich eine Erörterung der „Überführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft“, die durch ein Referat von Bauer eingeleitet wurde. Der Redner schilderte die Aufgaben, denen die Volkswirtschaft nach dem Kriege gegenüberstehe, und die bislang getroffenen Vorbereitungen im Reichsamt für Übergangswirtschaft. Eine Reihe von Mitarbeitern für Spezialfragen sei bereits herangezogen. Es müsse auch eine direkte Vertretung der Gewerkschaften in dem zu schaffenden Reichsamt gefordert werden. Weiter stelle der Redner eine Reihe von Arbeiterforderungen auf, wie die Gewährung eines Anrechtes auf Wiedereinstellung beim früheren Arbeitgeber, Einsetzung von Schlichtungskommissionen, Einführung der Arbeitslosenversicherung, Regelung der Einwanderungsfrage und Sicherung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Molkenbuhr ergänzte diese Ausführungen und empfahl, die Forderungen der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften zu sammeln und an den Ausschuss des Reichstags für Handel und Gewerbe einzuliefern. In der Debatte wurde diese Anregung dahin erweitert, nicht bloß die auf die Übergangswirtschaft, sondern auch die für die sogenannte Neuorientierung in Arbeiterschutze, Arbeiterversicherung, Arbeitervertretungs-, Arbeitsvermittlung-, Koalitionsrechts-, Arbeitervertretungs- und sonstigen Fragen geltenden Forderungen, nicht minder die in das Gebiet der künftigen Wirtschafts- und internationalen Vertragspolitik einschlagenden Wünsche der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission zu übermitteln, die dieselben sichten und für eine geordnete Vertretung derselben sorgen wird.

Somit fand die reichhaltige Tagesordnung der Konferenz, über die hier nach dem „Korrespondenzblatt“ berichtet wird, ihre Erledigung.

Beiträge zur Frage der Volks- ernährung

Im Anschluß an die in Nr. 137 gemachten Ausführungen kann nunmehr weiteres bzw. ganz Bestimmtes mitgeteilt werden über die nach dem Ziviliensteuergesetz und den Verhandlungen darüber im Reichstage jenseitigste Angelegenheit der letzten paar Wochen:

Der Fall Abel und das Kriegsernährungsamt.

Am 28. November war die Presse in der Lage, eine Darstellung des Professors Dr. Abel zu bringen, die sich gegen die von amtlicher Seite über seinen Austritt aus dem Kriegsernährungsamt bekanntgegebenen Gründe wendet. Abel erklärt, er könne im einzelnen nicht anführen, was ihn zu seinen Abscheiden eigentlich veranlaßt habe; vaterländische Bedenken und Zensurvorwürfen hindern ihn daran. Nicht richtig sei aber, daß er allgemein die Fleischration von 250 g als ungenügend bezeichnet habe. Auch sei von ihm nicht die schriftliche Forderung erhoben, das Kriegsernährungsamt solle mehr Fleisch verteilen, als ihm zur Verfügung stehe. Zu der andern Hauptfrage bemerkt Abel:

Was den landwirtschaftlichen Produktionszwang anbelangt, der keineswegs „bekanntlich von allen Sachverständigen als undurchführbar abgelehnt wird“, so ist er zu einem Teile schon da, nämlich in der Reichsvorschrift vom 31. März 1915 usw., nach der die Behörden zu sorgen haben, daß anbauwürdiger Boden auch bebaut wird. Seine weitere Ausgestaltung muß und wird bei längerer Kriegsdauer kommen, allem Widerstreben des Kriegsernährungsamts zum Trost. Der Senjener Hygieniker wird mit diesem zweiten Teile seiner Beweisführung und Verteidigung wohl mehr Zustimmung finden.

In den „Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt“ ist am Tage darauf vom Kriegsernährungsamt das Schreiben Abels mit seiner Austrittserklärung veröffentlicht worden, in dem er sich über die geringe Inanspruchnahme seiner Mitarbeit und die Nichtbeachtung seiner Anregungen beschwert und dann wörtlich und deutlich sagt:

Unmittelbar gezwungen, meinen Austritt zu erklären, werde ich aber dadurch, daß ich nach gewissenhafter Abzergung die Art und Weise, wie das Kriegsernährungsamt seine Aufgaben ausführt, und die Maßnahmen, die es getroffen hat, in vielfacher Hinsicht nicht nur als verfehlt, sondern geradezu als gemeinschädlich und volksfeindlich erachten muß. Ich unterlasse es, auf Einzelheiten einzugehen, weil ich mir bei der Verschiedenheit der grundsätzlichen Anschauungen keinen Erfolg von ihrer Erörterung verspreche.

Bekennen will ich nicht, daß die immer unzufriedigender werdenden Zustände ihre Ursache zum Teil in dem passiven Widerstande, der Verfaßtheit und Schwächlichkeit der ausführenden Behörden haben. Aber daß große Teile der Bevölkerung heute in Wahrheit unterernährt werden, während andre Teile, auch unter der feindlichen Bevölkerung in den besetzten Auslandsgebieten, sowie ein großer Teil der Kriegsgefangenen mehr haben, als sie brauchen; daß der Mittelstand systematisch zugrunde gerichtet wird; daß jüdische Gaunerei und agrarische Sabotage das Volk in unerträglicher Weise auspowern; daß infolgedessen immer schärfere Erbitterung weite Kreise erfaßt und auf gewaltsame Entladung zum Schaden des Staatsganzen hindeutet — alles das ist im wesentlichen Schuld des Kriegsernährungsamts, das nicht nach meiner Meinung allein sich seinen Aufgaben in keiner Weise gewachsen gezeigt hat.

Die jede freie Meinung knebelnde Zensur und die von mir übernommene Schweigepflicht hindern mich, jezt öffentlich die Kritik zu üben, die durch die Wichtigkeit der Sache geboten wäre. Nachdem aber mein Eintritt in den Beirat seinerzeit ohne mein Zutun öffentlich bekanntgeworden ist, kann ich nicht verabsäumen, meinen Austritt aus dem Beiratsamt wenigstens mit kurzer Begründung bekanntzugeben, soweit es die Zensur zuläßt. Denn ich muß mich vor der meinen guten Namen schädigenden Mißdeutung sichern, als habe ich etwa die Tätigkeit des Kriegsernährungsamts gut und als habe ich irgendwelchen Teil an ihr.

Dem Kriegsernährungsamt gebührt in dem Fall Abel eine Anerkennung: die Veröffentlichung dieser Austrittserklärung. Wir haben schon mehrmals den Freimut Bafochis gelobt, mit dem er sich über Wollen und Können des von ihm geleiteten Reichsamts ausgesprochen hat. Diese gute Eigenschaft zeigt sich auch hier in günstigem Lichte, und es hat fast den Anschein, als sollte damit andern Stellen und Leuten bedeutet werden, wie weit es gekommen ist, weil dem Kriegsernährungsamt so viel Widerstand und künstlich hervorgerufene Schwierigkeiten sich entgegenstellen.

Die Verteidigung von Professor Dr. Abel ist zu der schwersten Aufgabe geworden, die sich denken läßt. Es ist die Summe der mißmutigen Empfindungen und der Entrüstung in den Volksschichten, die ihre Lebensfristung nur mit dem bestreiten müssen, was das Kriegsernährungsamt auf Grund früherer Statistiken oder böswillig falscher Angaben herausstiftet, und was es durch Festhalten an der gemeinschädlichen Auzerpolitik und deren unausbleiblichen Folgen in der Preisfestsetzung glaubt anordnen zu müssen. Was beim Durchlaufen der Kanäle der 33 Kriegsernährungsgesellschaften und der manchmal alle Begriffe übersteigenden Verfaßtheit von städtischen Behörden

dann zum Schluß oft Gestaltung annimmt, vor der man händierend steht. Das Kriegsernährungsamt jedoch allein für die Zustände verantwortlich zu machen, ist freilich nicht angängig. Das würde dem Vorgehen des Geheimrats Abel nicht dienlich sein. Auch wären bei den schwersten Vorwürfen Einschränkungen angebracht gewesen; z. B. kann nicht allgemein von „jüdischer Gaunerei“ gesprochen werden, da es auch christliche Juden gibt, die dieses Prädikat ebenso verdienen.

Wie sehr es noch immer an einer richtigen Organisation auf dem Ernährungsgebiete fehlt, zeigt der soeben bekannt gewordene Umstand: Meerane hat in den letzten Wochen so reichlich Zufuhr an Rindfleisch, daß dieses in den Fleischläden ohne Marken verkauft wird. Das Fleischarme Sachsen, wo es in den hauptsächlichsten Städten Leipzig, Dresden und Chemnitz monatelang nur 125 g gegeben hat — eine kleine Besserung ist endlich eingetreten —, in Zwickau sogar auf 100 g herabgesetzt, ist ein typisches Beispiel, wie schlecht es um die Organisation bestellt ist. Dafür ist aber nicht allein das Kriegsernährungsamt, das entfangungswillig kein Wort zu der Abelschen Attacke verliert, verantwortlich zu machen, wenn sich auch der Groll in erster Linie gegen die Hauptstelle richten wird.

Professor Abel hat sich insofern ein allgemeines Verdienst erworben, indem er unerbrochen das Gefahrenbild im Reiche Bafochis entschleierte!

Volkswirtschaft

Fragen der Zukunft.

Obwohl der Krieg mit größter Heftigkeit tobt, beschäftigen wir uns in ökonomischer Hinsicht mit Friedensfragen. Denn wie lange auch noch der Völkerringen dauern mag, wir können nicht früh genug daran denken, uns auf die zahlreichen Schwierigkeiten, die die kommende Zeit bringen wird, vorzubereiten. Das gilt für Handel und Industrie wie auch für die Gewerkschaften. Schon in dem in den letzten Oktobertagen veröffentlichten Programm des Reichskommissariats für die Übergangswirtschaft kommt dies zum Ausdruck, ist doch die Frage der Arbeitsbeschaffung für die Kriegsteilnehmer an die Spitze dieser Leitfäden gestellt. Aber auch die Fragen der Rohstoffversorgung und der Valutaregulierung erheischen die Aufmerksamkeit aller Volkskreise.

I.

Alle Fragen unserer wirtschaftlichen Zukunft sind abhängig von der Gestaltung unsres Kapitalmarktes.* Die Ausichten sind hier nicht günstig. Es wird nach Friedensschluß die erste und wichtigste Aufgabe sein, die leeren Speicher der industriellen Unternehmungen mit Rohstoffen und Hilfsstoffen zu füllen, die Landwirtschaft mit Kraftfutter und Düngemitteln zu versehen. Das meiste können wir nur durch Import aus dem Ausland erhalten. Brasilien liefert uns Gummi und Kautschuk, Chile Salpeter, Amerika Millionen von Ballen Baumwolle, Argentinien riesige Massen von Häuten für die Lederfabrikation usw. Und alle diese Stoffe müssen wir an alle diese Länder mit Gold bezahlen. Eine Ausnahme macht hierbei nur China, der Lieferant von Tee und Reis, da dort Silberwährung herrscht. War es im Frieden in internationalen Verkehr üblich, Waren gegen Waren zu tauschen, Einfuhr und Ausfuhr unter Zufußnahme von Wechseln zu regeln, so fällt dies für die ersten Jahre der Friedenswirtschaft fort, da wir naturgemäß nicht allzuviel auszuführen haben, und da wir ferner nur viel kleiner gewordenen Märkten gegenüber vorfinden werden. Im günstigsten Falle müssen wir damit rechnen, daß wir mit Gold wenigstens den Saldo begleichen müssen, d. h. die Differenz, die sich gegenüber den einzelnen Ländern aus hoher Einfuhr und geringer Ausfuhr bei der Handelsbilanz ergibt.

Bei der ganzen Regelung unsres Kapitalmarktes ist es von Bedeutung, ob die Reichsbank auch nach dem Kriege die bisherige Suspension der Bareinlösung der Reichsbanknoten aufrechterhalten wird, oder ob sie nach Friedensschluß zu den Bestimmungen des Bankgesetzes zurückkehrt und die Noteneinlösungspflicht in Gold wieder anerkennt. Wird die Suspension aufrechterhalten, dann müßte die Reichsbank den Saldo, dessen Höhe man nicht abschätzen kann, den man aber, um eine Grundlage für die weitere Betrachtung zu erhalten, hier mit rund einer Milliarde Mark annehmen mag, also mit einer Milliarde Mark in Gold aus ihren Beständen ausgleichen. Bei Beibehaltung des bestehenden Gesetzes, wonach die Reichsbanknoten durch ein Drittel ihres Wertes in Gold gedeckt sein müssen, würde dies ein Herausnehmen von etwa drei Milliarden Mark Banknoten aus dem Verkehr nach sich ziehen. Eine Zinserhöhung ist bei einer so starken Reduzierung der im Umlauf befindlichen Zahlungsmittel sicher zu erwarten. Zu einem gleichen Resultat kommt man aber auch, wenn man annimmt, daß die Reichsbank den Zwangskurs der Reichsbanknoten aufhebt. Um als Zahlungsmittel an das Ausland Gold zu erhalten, wird dann durch Präsentation der Reichsbanknoten das Gold der Reichsbank außerordentlich stark in Anspruch genommen werden, was diese dazu zwingen wird, zu hohen Diskontsätzen ihre Zukunft zu nehmen, um ihre Goldbestände einigermaßen zu schützen. Hoher Reichsbankdiskont zieht aber bekanntlich sehr hohe Zinssätze sowohl auf dem kurzfristigen wie auch auf dem langfristigen Reichsgeldmarkte nach sich, d. h. von dem hohen Diskont

* Siehe hierüber die sehr lehrreiche Schrift von Dr. O. Stille: „Wesen und Entwicklung der Reichsbanknoten“. In: „Industrieökonomie“, Verlag, Berlin NW 52, 1916. Preis 1 Mk.

werden dann sowohl Handel und Industrie wie auch der städtische und ländliche Grundbesitz betroffen werden.

Stille hat in seinem eingangs dieses Abschnittes angeführten Buch eine sehr klare und deutliche Darlegung des ungünstigen Standes der deutschen Valuta gegeben. Es ist sicher, daß wir jezt im Kriege viel mehr von neutralen Ausländern beziehen, als wir nach dort liefern können. Wir müssen zur Bezahlung der z. B. aus Holland eingeführten Waren viel mehr Gulden oder Devisen auf Amsterdam kaufen, als Holland Markwechsel oder Schecks auf Berlin bedarf. Die Folge ist, daß der Kurs des holländischen Guldens ungeheuer gestiegen ist. Könnten wir vor dem Kriege z. B. 100 fl. für 168,74 Mk. kaufen, so müßten wir nach der Notierung vom 28. Januar 1916 236 Mk. dafür zahlen; d. h. also, auf Waren aus Holland im Werte von 100 fl. müssen wir gegenüber der Friedenszeit die Valutadifferenz von 67,26 Mk. legen. Das entspricht einer Verteuerung um etwa 40 Proz. In Friedenszeiten wäre das nicht möglich gewesen, da ein Überschreiten des Devisenkurses um nur 1/2 Proz. es lohnend gemacht hätte, die Ware in Gold zu bezahlen.

Was wird nun der Frieden bringen? Weiterhin so außerordentlich hohe Wechselkurse und den Verlust, durch Beibehaltung der Einschränkung des freien Handels, durch Kontrolle der Rohstoffbeschaffung und -verteilung von Seiten des Reichs ohne volkswirtschaftlich schwere Schädigungen die Besserung dieser ganzen Verhältnisse aus der langsamen Befundung aller am Weltmarkt beteiligten Märkte abzuwarten, oder die Öffnung unsres Goldreservoirs? Wie tief diese Dinge in unser ganzes staatliches Dasein eingreifen, hat sehr richtig der „Vorwärts“ erkannt, als er schrieb: „Sobald der Frieden die Meere wieder öffnet und die Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln nach Deutschland frei ist, wird die Geldentwertung, wenn sie noch andauert oder sich verschärft, eine Frage des nationalen Bestandes.“ Den auswärtigen Wechselkurs zu drücken, also das Mißverhältnis auf dem Devisenmarkt aufzuheben, muß daher unbedingt erreicht werden. Es erscheint nur möglich, auf dem Wege der weiteren Beaufichtigung und Regulierung von Handel und Industrie durch das Reich dies zu erreichen.

Das Reichskommissariat für die Übergangswirtschaft muß Mittel und Wege finden, die mit Sicherheit dazu dienen, so stark, wie es unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist, unsre Ausfuhr zu heben. Selbst wenn die gesamte Bevölkerung sich für einige Zeit noch gewisse Beschränkungen auferlegen müßte, alles was entbehrt werden kann, muß an das Ausland dann abgegeben werden, damit durch Schaffung von Aufträgen und Forderungen im Ausland unsre Valuta verbessert wird. Um aber auch darüber hinaus den Saldo zwischen Einfuhr und Ausfuhr in unsern ausländischen Handelsverkehre möglichst zu unsern Gunsten zu beeinflussen, darf sich die Einfuhr nur auf die allernotwendigsten Dinge erstrecken. Wir haben ja seit Februar 1916 bereits ein Einfuhrverbot ansehnlicher Gegenstände, das sich über eine ganz erhebliche Reihe von Artikeln erstreckt. In der Übergangswirtschaft muß dieses Einfuhrverbot unbedingt aufrechterhalten werden, ja, man soll in Fällen, in denen es noch erweitert werden kann, nicht davor zurückschrecken. Weiterhin kommen noch andre Maßnahmen, wie die Aufnahme ausländischer Anleihen, die Befestigung der Spekulation in fremden Valuten und die Kontrollierung des ganzen Devisenhandels durch die Reichsbank, wie wir dies durch die Bundesratsverordnung vom 28. Januar 1916 haben, zu Grunde.

Daß trotz des sonst in kapitalistischen Kreisen zum Ausdruck kommenden Optimismus auch dort die Gefahren der Zukunft erkannt werden, geht aus einer Äußerung Riebers, des Reichsbankpräsidenten, hervor: „Selbstverständlich werden wir nach dem Kriege zunächst eine recht unangenehme und schwierige Zwischenzeit durchzumachen haben. . . Wie lange diese Zwischenzeit, die sich namentlich auch durch hohe Zinssätze bemerkbar machen dürfte, dauern wird, läßt sich nicht voraussagen.“

Alle die hier angeführten Tatsachen und Vorauslagen führen nun zu dem selbstverständlichen Schluß, daß unsre industrielle Tätigkeit sich nur in langsamem Tempo wieder in die alten Friedensbahnen und den alten Friedensumfang zurückführen lassen wird. Es ist eine bekannte Tatsache, daß eine Verringerung der umlaufenden Geldmenge, also eine Steigerung der Kaufkraft des Geldes, eine Senkung der Warenpreise nach sich zieht. Es ist also eine oftmals durch nur langsame und außerordentlich vorsichtige Einfuhr von Roh- und Hilfsstoffen aus dem Ausland, ferner durch den hohen Zinssatz und endlich durch eine nur mäßige Profitausbeute beeinflusste nur schwache und langsame Entwicklung unsres Wirtschaftslebens zu erwarten. Die verschärfte Konkurrenz namentlich von Seiten Amerikas auf dem Weltmarkt und die Maßnahmen, die jezt in der Kriegszeit in den feindlichen Ländern gegen den deutschen Handel eingeleitet werden, sollen hier ebenfalls wenig berücksichtigt werden, wie Naumanns stark utopische Gedankengänge über Mitteleuropa.

II.

Wir haben jezt versucht, die wirtschaftlichen Grundlagen und Voraussetzungen unsrer kommenden Friedenswirtschaft zu erkennen und wollen nunmehr einen Blick auf die voraussetzliche Gestaltung des Arbeitsmarktes werfen. Für die Entwicklung der wirtschaftlichen Konjunktur ist die Höhe der Löhne, oder anders ausgedrückt: die Kaufkraft der Masse, von ausschlaggebender Bedeutung. Das Lohnniveau richtet sich nach dem Verhältnis von Arbeitsnachfrage zu Arbeitsangebot, von Kapital zu Arbeit. Den ersten Faktor haben wir bereits im ersten Abschnitt eingehender besprochen. Aus dem, was dort gesagt ist, ergibt sich die Antwort auf die Frage: Wieviel Kapital

fragt nach Arbeitskraft? Sie heißt: Es wird weniger Kapital nachfragen als vor dem Krieg! Diese Antwort trifft zu, sobald bei Aushebung der Suspension der Banknoteneinführung gegen Gold wie auch bei Beibehaltung der Suspension und Regelung der gesamten Handelsbeziehungen durch das Reich. Wir haben ferner vorhin gesehen, daß die Verringerung der im Umlauf befindlichen Geldmenge unbedingt eine Reduzierung der Preise nach sich ziehen wird. Einem besonders starken Preisrückgang werden wir überall da zu erwarten haben, wo die Industrien früher stark mit Export eingeflektet waren, da bei diesen nur mit beschränkter Absatzmöglichkeit und beschränkter Einfuhr der zur Produktion erst einmal nötigen Rohstoffe zu rechnen ist. Ein Zurückgehen der Preise wird aber von kapitalistischer Seite aus zu dem Verlußt führen, durch Herabdrücken der Löhne das Profitniveau zu heben.

Gegenüber steht nun die Masse der Arbeitnehmer. Sie hat durch Kriegsverluste abgenommen. Nach Einberufung der männlichen Arbeitskräfte sind die Lücken in den Arbeitsstätten aber durch Einstellung weiblicher Arbeitskräfte sehr bald ausgefüllt worden, und wo dies noch nicht geschah, ist, treten Kriegsbeschädigte ein. Die Unterbringung der aus dem Felde zurückkehrenden Arbeitnehmer wird daher — selbst wenn die Entlassung aus dem Heeresverbände nur nach und nach erfolgt — außerordentlich schwierig sein. Die ungeheure Zahl der auf Erwerb angewiesenen Frauen sowie die Kriegsbeschädigten werden sich nicht so leicht herausdrängen lassen. Und das Kapital wird diese unqualifizierten Arbeitskräfte selbstverständlich denen gegenüber, die in ihre alten Arbeitsstätten wieder zurückkehren wollen, als lohnbrückenden Faktor auspielen.

Selbst wenn man sich bemüht, sich von einem wirtschaftlichen Weltmissis fern zu halten, kommt man doch an der Erkenntnis nicht vorbei, daß für die Arbeitnehmer allgemein eine schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkte vorzuliegen ist. Das Angebot an Arbeitskräften wird die Nachfrage übersteigen, und dieses Moment führt neben allen andern wichtigen Verhältnissen schon allein dazu, daß der Arbeitnehmer im günstigsten Falle knapp so viel Geld für seine Arbeitsleistung erhalten wird als in den letzten Friedensjahren. Man muß sogar befürchten, daß in einzelnen großen Industrien — Textilindustrie, Metallindustrie — das Lohnniveau gegenüber den Friedenszeiten noch herabgedrückt wird. Welch unendlich schwere gewerkschaftliche Arbeit steht hier bevor! Will es doch nicht nur, diese Entwicklung zu bekämpfen, sondern darüber hinaus noch den Ausgleich der Differenz zwischen Arbeitslohn und Lebensmittelpreis, die durch letztere erzeugte Entwertung des Arbeitslohnes zu beseitigen. Es ist sicher, daß der Kapitalismus nicht kampflös entgegenkommen werden wird. Im Gegenteil. Seine Kräfte sind durch die Kriegsgewinne derart gestärkt, daß er es wohl auf die schwersten Kämpfe zu unternehmen lassen.

Schon im vorliegenden Abschnitt erwähnten wir die Abhängigkeit der wirtschaftlichen Konjunktur von der Konsumkraft der Masse. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung sich in den Bahnen bewegt, die wir bisher gekennzeichnet haben, dann müssen wir mit einer starken Verminderung der Konsumkraft rechnen. Man stelle nur nebenander: früherer Friedenslohn — heutige Lebensmittelpreise, und man muß zweifellos erkennen, daß selbst bei günstiger Gestaltung des Lohnniveaus der Arbeitnehmer seinen Konsum an allen nicht die notwendigsten Dinge der Lebensführung betreffenden Waren fast vollkommen einschränken muß. Auf eine ganze Reihe andre, seine Konsumkraft schwächende Dinge sind wir hier gar nicht eingegangen. Man denke an die Ausführungen zuvor über den hohen Zinssatz für den langfristigen Kredit, also z. B. die Steigerung der Hypothekenzinsen, die doch sicher eine weitere Steigerung der schon bisher einen großen Teil des Einkommens in Anspruch nehmenden Miete nach sich ziehen wird. Die außerordentlich geringen Mittel, die dem größten Teile des Volkes nach Zahlung der dringenden Lebensnotwendigkeiten übrig bleiben, können sogar die Gefahr nach sich ziehen, daß z. B. unlie auf Qualitätsproduktion aufgebauete Textilindustrie wieder zur Quantitätsproduktion minderwertiger, billiger Waren greift; ein Vorgang, der für die Arbeiterschaft nur wieder eine Lohnreduktion mit sich bringen würde, da ja bekanntlich Qualitätsarbeit höheren Lohn, Quantitätsarbeit minderen Lohn bedeutet.

Wenn wir vorhin davon sprachen, daß das Reich auch noch in der Übergangswirtschaft stark in Handel und Industrie eingreifen muß, dann sei zu den dort gestellten Aufgaben hier noch die hinzugefügt: Verhinderung, daß unlie Industrie aus Profitinteresse in den Übergangsjahren zur Herstellung minderwertiger Waren greift.

Wie aber wäre die Konsumkraft der Masse zu heben? Es handelt sich hier um so große, das Volksganze betreffende Dinge, daß dies wieder dem Reich aufgegeben werden muß. Schon heute wissen wir, daß die ungeheuer hohen Preise der Lebensmittel jeder Notwendigkeit entbehren. Es ist vielfach unerklärlich, wie man zu den heute bestehenden Höchstpreisen gekommen ist. Die allseitig so patriotische Landwirtschaft muß sich doch schämen, daß die Regierung sie so gering einschätze und unglaublich hohe Preise da einleite, wo eigentlich patriotisches Pflichtgefühl allein schon dazu freiben sollte, alles zu tun, was die Ausbungerungspläne Englands zunichte machen kann. Es sei eingeschätzt, daß man zum Arbeiter mehr Vertrauen hatte. Von ihm galt und gilt es noch heute als selbstverständlich, im Schützengraben seine Pflicht zu tun, sein Leibes herzugeben, wenn auch dabei Frau und Kinder Not leiden müssen. Ich unterschreibe diese Selbstverständlichkeit voll und ganz. Aber sie besteht nicht nur für den Arbeiter, sondern für alle!

Abbau der Höchstpreise der Lebensmittel, und zwar so schnell wie nur möglich — man könnte damit ruhig schon jetzt beginnen und den Landwirt, falls es ihm wirklich an Patriotismus fehlt, zur Produktion zwingen, ja ihm in besonders schweren Weigerungsfällen einfach Grund und Boden enteignen —, ist hier die einzige Lösung. Nur dadurch, daß dem Arbeitnehmer Mittel genug frei bleiben, über das tägliche Stück hinaus noch auf andern Gebieten als Konsumgut aufzutreten, kann man eine langsame Erstarkung von Industrie und Handel und damit eine Gesundung des Arbeitsmarktes erwarten. In diesem Zusammenhang muß auch auf die konsumgenossenschaftliche Selbsthilfe hingewiesen werden. Sinein in die Konsumvereine und als genossenschaftlich organisierte Konsumkraft billige Preise erzwingen!

IV.

Nur kurz und oberflächlich lassen sich all die Probleme unserer wirtschaftlichen Zukunft hier streifen. Und nur kurz kann man auf das unendliche Aufgabengebiet, vor das sich die Gewerkschaften beim Friedensschlusse gestellt sehen, hinweisen. Im Zusammenhange mit den hier berührten Fragen soll vor allem eine Anregung aufgegriffen werden, die Ernst Mehlisch in einem Artikel in Nr. 30 der „Glocke“: „Der Übergang zur Friedenswirtschaft“, gegeben hat. Er fordert, daß das Reichskommissariat für Übergangswirtschaft auf eine möglichst vollständige Grundlagengefekt wird, daß dem Reichskommissar ein Beirat zur Seite gestellt wird, der die Zahl und Bedeutung der fraglichen Bevölkerungsschichten berücksichtigt, also proportional zusammengesetzt ist. Eine Forderung, die sicher von der ganzen Arbeitnehmerschaft mit Freude unterfekt wird.

Schwer aber und für die Zukunft der gewerkschaftlichen Arbeit ausschlaggebend ist die kommende Organisationsarbeit. Die außerordentlich deutlich jetzt in der Kriegszeit zutage getretenen Schwächen und Krankheiten eines volkswirtschaftlichen Systems, die unbegrenzbare Profitucht des Kapitalismus werden sicher stark einwirkend auf die zurückkehrenden Arbeitnehmer wirken. Durch die Spaltung in der sozialdemokratischen Partei ist eine Gruppe geschaffen, die in der Verkündung von Prinzipien kaum überfroffen werden kann, die für die praktische sozialistische Arbeit der Gewerkschaften aber — vielleicht ohne es zu wollen — sehr gefährlich werden kann. Das ist eine Gefahr, die man offen aussprechen darf, da wohl zu hoffen ist, daß der deutsche Arbeitnehmer die Richtigkeit des gewerkschaftlichen Weges nach wie vor unbedingt anerkennen wird, und daß er allen Schwierigkeiten gegenüber zeigen wird, daß er im Kampfe gegen das Kapital ebenso Opfer bringen kann, ebensobiel Kraft und Energie zum Durchhalten hat, wie jetzt draußen im Schützengraben.

Der deutsche Arbeitnehmer weiß und erkennt es täglich von neuem, daß der Kapitalismus die Ursache all seiner wirtschaftlichen Not und politischen Antriebe ist. Aber ebenso weiß er auch, daß dieser Feind nicht durch Gewalt überbunden werden kann, sondern nur durch die Arbeit, nur durch unermüdliche Organisierung aller wirtschaftlichen Schwachen. Sein Wunsch: Nieder mit dem Kapitalismus! wird stets verbunden sein mit dem Ruf: Es lebe die Gewerkschaft!

E. Mo.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

G. Mannheim. Die am 18. November abgehaltene Mitgliederversammlung hatte wiederum einen mangelhaften Besuch aufzuweisen, trotz der reichhaltigen Tagesordnung. Kollege Lauffer rißte diese Entscheidung, aber nützen wird diese Mahnung jedenfalls nicht viel. Vielleicht ist es auch möglich, daß bei der nachts hier herrschenden ägyptischen Finsternis die Kollegen das Vereinslokal nicht gefunden haben — aber die Vorstand's- und andern Mitglieder fanden es doch! Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Lauffer den seit unserer letzten Versammlung auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen einen warmen Nachruf; es sind dies die Kollegen Sean Blasauß und Adolf Sied. Ihr Andenken wurde in üblicher Weise geehrt. In den Verband aufgenommen wurden drei Kollegen. Die Abrechnung der Bezirkskasse für das dritte Quartal lag gedruckt vor; Kassierer Suber gab noch einige Erläuterungen hierzu. Aber einen Gesundheitsreferat wurde zu Gericht gelesen, der mit Ende des vierten Quartals als abgeschlossen gilt, falls er bis dahin seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist. Kollege Sturm gab den Revisionsbericht; dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Antrag des Vorstandes auf Bewilligung einer Weihnachtsunterfektung an die Familien der zum Heere eingerückten Kollegen fand die Zustimmung der Versammlung; es erhalten Inoch für den Monat Dezember die Frauen anfast 4 Mk. 5 Pf., jedes Kind anfast 50 Pf. 2 Mk. Der vierte Punkt betraf die Teuerungszulage. Im ein überflüssiges Bild zu gewinnen, wurden Fragebogen an die einzelnen Vertrauensleute ausgegeben, die alle einlefen, bis auf einen. Das Resultat ist, daß von den 23 Druckereien des Bezirks beschäftigten 202 Gehilfen 168 die Mindestsätze, 19 mehr, 4 weniger und 11 Gehilfen gar nichts erhielten. Aus dieser Statistik ergibt sich, daß speziell die größeren Druckereien nicht über die Mindestsätze hinausgingen, sondern sich streng danach hielten. Eine rühmliche Ausnahme machten einige Druckereien, so z. B. die Druckerei Gebr. Bauer, wo sämtliche Gehilfen ohne Rücksicht auf die Höhe des Lohnes eine monatliche Zulage von 16,50 Mk. erhalten; in der Druckerei Hübner gab in der gleichen Weise 15 Mk. monatlich. Einige kleinere Druckereien gewährten noch eine teilweise kleinere Erhöhung. Wenn auch die Teuerungszulage nicht das gebracht, was man erhofft hatte, und ein Ausgleich bei der

herrschenden kolossalen Teuerung absolut nicht geschaffen ist, so erklärte man sich vorläufig damit zufriedens; doch ist jedem Kollegen aus Herz zu legen, aus sich heraus höhere Zulagen sich zu verschaffen. Die Diskussion über diesen Punkt war eine sehr lebhaft. Kollege Müller erwähnte u. a., daß es den Spezialkräften wohl möglich sei, bei der sich jetzt bietenden Gelegenheit höhere Löhne zu erringen. Was die Abkehrscheine betrifft, so existieren diese nicht allein im Kreis VII (meint, die gibt es dort nicht); es war von Dresden aus dazu ein Verlußt unternommen, der jedoch durch den Einspruch der Instanzen und den Widerstand der Kollegen gescheitert ist. (Red.), sondern auch hier in Mannheim, wenn auch nur in mündlicher Form, was Redner durch einen Beweis zu belegen suchte. Kollege Feuerpeil wünschte, daß auch den freiwillig Ausretenden die Teuerungszulage zuteil wird, was ja nach einer Entschlebung des Kassierers der Fall sein soll. Kollege Kraft erklärte, daß er durch die gewährte Teuerungszulage keines Besseren belehrt wurde, sondern noch auf dem Standpunkte stehe, daß eine Erhöhung des Grundlohns unbedingt am Platze gewesen sei. Wenn die Prinzipale klagen, daß es vielen ihrer Kollegen schwer falle, überhaupt die Zulagen zu bezahlen, so wäre es Pflicht von ihnen, ihre Kollegen finanziell zu unterstützen, damit diese auch in der Lage wären, den berechtigten Forderungen ihrer Gehilfen nachzukommen. Er kam dann noch auf den Verlußt über unsere letzte Versammlung in Nr. 118 des „Korr.“ zu sprechen und verurteilte in entlichendster Weise die Bemerkung der Redaktion des „Korr.“: Die Ausführungen der Diskussionsredner mit „Siegelei“ zu bezeichnen, sei unerhört. Die nachfolgenden Redner, so die Kollegen Rüh, Feuerpeil, Müller, Grob usw., stimmten unter Beifall der Versammlung den Ausführungen des Kollegen Kraft bei. Der fünfte Punkt der Tagesordnung betraf die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, was durch den Widerstand der Prinzipale bislang ein Schmerzpunkt für den hiesigen Bezirk war. Die Angelegenheit fand dadurch ihre Erledigung, daß derselbe mit Zustimmung der Prinzipale an den städtischen Arbeitsnachweis angegliedert und nach dem Karlsruher Muster verwaltert wird. Etwaige Kosten entfallen für uns nicht. In die Kontrollkommission wurden unterseits die Kollegen Fuhs als Vertreter und Lauffer als Stellvertreter bestimmt. Die Prinzipale delegierten die Herren Malur und Benschheimer. Diese Abmachungen wurden mit Zustimmung der Ludwigshafener Kollegen getroffen. In der Diskussion wurden noch verschiedene Wünsche laut, die Berücksichtigung finden werden. Im übrigen war man mit den getroffenen Abmachungen einverstanden.

Anmerkung der Redaktion: Die Entfristung über unsere Kennzeichnung einer Auslassung in der vorhergehenden Mannheim'er Versammlung ist von uns auf das Maß beschränkt worden, das es möglich macht, die Erwiderung kürzer zu gestalten. Es ist ganz falsch, daß die Ausführungen der Diskussionsredner von uns als „Siegelei“ charakterisiert würden. Drei Redner hatten gesprochen. Wer die gemeinte, in der Tat unerhörte, von uns gar nicht wörtlich gebrachte Äußerung gefan, ging aus dem Berichte nicht hervor; wir hoben sie lediglich dem uns unbekanntem einen Redner zu (siehe unter Mannheim in Nr. 118). Dieser lebenswürdige, von dem, was und wie den Prinzipalen alles gesagt und jetzt wiederholt bedeutet worden ist, völlig abtungslose Kollege hatte den Mut und den Geschmak, jetzt wörtlich nach dem Manuskript des Berichts über die vorherige Versammlung, zu sagen: „... der Kanostlagang unfres Zentralvorstandes zu den Prinzipalen bes. Erbefektung einer höheren Teuerungszulage“. In Nr. 118 erleuchteten wir den betreffenden Redner schon dahin, daß nicht der Verbandsvorstand, sondern eine von der letzten Gauvorsteherkonferenz gewählte Kommission, bestehend aus drei Gauvorsteher und dem Verbandsvorsitzenden, nach Goslar zu Verhandlungen entsandt wurde. Wir kennen die Anforderungen dieser vier Verbandsvertreter genau und hatten deshalb die Pflicht, die kraße Beleidigung für sie zurückzuweisen. Wenn der Kollege Kraft unter Beifall der mangelhaft besuchten Versammlung um den Spiel umzukuhren versucht, so glauben wir der Zustimmung der Gesamtkollegen sicher sein zu können, wenn wir eine solche rohe Ausdrucksweise nach Gebühr an den Pranger stellen.

Saarbrücken. Die am 19. November am Borort Saarbrücken abgehaltene Herbstbezirksversammlung hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Nachdem der Vorsitzende die Erschienenen, insbesondere die Geldgrauen und unsern Gauvorsteher Kollegen Fuhs, begrüßt hatte, gedachte er des Ablebens der Kollegen Schröpfer, Sigfried, Schmitt, Allpeter und Marlin, zu dessen Ehren sich die Versammlung von den Seiten erhob. Nach Erledigung einiger Angelegenheiten ergriff Kollege Fuhs das Wort zur Berichterstattung über die letzte Gauvorsteherkonferenz. Er gab ein recht anschauliches Bild davon. Bei der anschließenden Aussprache wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß die gewährte Teuerungszulage für die Großstadt Saarbrücken sehr minimal ausgefallen sei, zumal Saarbrücken zur Servisklasse B gehörend, anfast 17 1/2 nur 7 1/2 Proz. Lokalauslag haben, die Teuerung dagegen sehr außerordentlich fühlbar macht. Es soll verlußt werden, einen gerechten Ausgleich herbeizuführen. Nachdem Kollege Fuhs noch zu einigen Fragen Aufklärung gegeben, erklärte sich die Versammlung unter den gegebenen Verhältnissen mit den gehaltenen Beschlüssen der Gauvorsteherkonferenz einverstanden und spendete dem Referenten für seine Ausführungen reichen Beifall. Aus der Versammlung heraus wurde Beschwerte geführt, daß angeblich die Prinzipale in Saarbrücken gegenseitig vereinbart hätten, keinen Gehilfen aus einer andern Druckerei am Ort einzustellen, wenn nicht der bisherige Prinzipal seine Zustimmung zum Stellenwechsel und Anfangen in der andern

Druckerei gebe. (Das wird ja immer netter! Gegen einen solchen Abhehrschheit durch Prinzipalsdikatur muß ganz entschieden Front gemacht werden. Vergleichen Eigenschaft entscheiden können nur dazu führen, daß die Gehilfenschaft zur Abwehr Mittel in Anwendung bringt, die schleunigst zur Umkehr zwingen würden. Red.) Nach lebhafter Aussprache wurde der Geworfenbehr beauftragt, beim Tarifamt in der Sache beschwerdeführend vorstellig zu werden und auf Nichtigkeitserklärung des Beschlusses durch das Tarifamt zu dringen. Nachdem noch einige Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf den Verband die Versammlung.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern untrer Organisation erhielten das Eisene Kreuz: Richard Braun und Karl Kanewski (Berlin), Heinrich Uhlenhaut (Braunschweig), Heinrich Landwehr, Heinrich Luas und Karl Rieger (Bremen), Karl Mayer (Dornholzhäusen b. Somburg v. d. S.), Karl Büß und Joseph Schiele (Eberfeld), Willi Echold (Leipzig), Albert Birkholz und Franz Brandmüller (Münchberg), Erich Seifert (Münchberg), Alwin Meusel (Leipzig b. Sonneberg (S.-M.)), Anton Herberichsmeier und Karl Umgelker (Stuttgart). Damit haben bis jetzt 2484 Verbandkollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Gehilfenopfrungen. In Dresden beteiligten sich daran 23 Seher und 14 Drucker. Von den Sehern mußte einer ungenügender Leistungen halber zurückgewiesen werden. 5 Seher waren von auswärts, und zwar aus Stolpen, Frauenstein, Gröba, Freiberg und Lodwitz. Den 23 Sehern wurden folgende Noten erteilt: Im Praktischen 5: II, 3: IIb, 5: IIIa, 5: III, 4: IIIb. Im Mündlichen 7: IIa, 4: II, 2: IIb, 6: IIIa, 2: III, 1: IIIb. Im Schriftlichen 1: I, 2: IIa, 3: II, 6: IIb, 5: IIIa, 5: III. Von den Druckern erhielten: Im Praktischen 1: IIa, 1: II, 3: IIb, 3: IIIa, 5: III, 1: IIIb. Im Mündlichen 2: IIa, 6: II, 3: IIb, 1: IIIa, 1: III, 1: IIIb. Im Schriftlichen 4: Ib, 2: IIa, 4: II, 1: IIIa, 3: III.

Einer, der sich selbst hilft! In den „Mitteilungen“ des Gaues Württemberg wird über den Prinzipal Karl Rohm in Vorch bekanntgegeben, daß dieser seinen Austritt aus der Tarifgemeinschaft erklärte, weil geeignetes gelerntes Personal nicht zu bekommen sei. Er wolle nun mit ungelerten Kräften seinen gewiß nicht umfangreichen Betrieb aufrechterhalten. Selbststellen ist, daß ein Antrag auf Ausnahmebewährung von Rohm nicht eingereicht wurde. Ein Freund der gewerblichen Ordnung ist er nie gewesen. Ob dieser Mann der Selbsthilfe geeignetes ungelertes Personal bekommen wird, kann leicht bezweifelt werden. Härters oder Schultheißens Töchterlein dürften kaum genötigt sein, in Rohms Künftempel äußere und innere Bekanntheit mit dem Bleistabe zu machen. Der Verlorung mit Lehrlingen in Hamstermanier werden wohl die württembergischen Kollegen nicht faulenlos zusehen. Auf amtliche Druckerarbeiten kann der alte Tarifkämpfer infolge seiner Loslösung von der Tarifgemeinschaft nun verzichten. Daß Gehilfen sich noch zu Rohm verlaufen, wird auch der fräurigen Schusterleiste nicht einfallen. Die dem Tarifamt eingeräumte Ausnahmebewährung sollte gerade den am schwierigsten gestellten Kleinbetrieben in der Provinz zugute kommen; wer es wie Rohm macht, kann aber sicher sein, daß er dadurch auch einen Kampf mit den Gehilfen aufnimmt, wobei er unterliegen muß.

Massenprozeß von Zeitungsmitarbeitern. Zu der in Nr. 134 gebrachten Notiz über die Pfändung des Redaktionsmobiliars im „Deutschen Kurier“ folgen nachfolgende Mitteilungen über den weiteren Verlauf dieser seltsamen Angelegenheit eine Ergänzung bilden: Der „Deutsche Kurier“ ist ein im Jahre 1913 gegründetes nationalliberales Berliner Organ, das der Richtung Streikeman als Sprachrohr dient. In der vorletzten Woche hatte sich an einem Sitzungstage eine Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte ausschließlich mit Gläubigerklagen gegen den „Deutschen Kurier“ zu beschäftigen. Schriftsteller mit Forderungen von 30 Mk. an befanden sich in großer Zahl unter den Klägern. Der Liquidator machte die Eröffnung, daß schon im Jahre 1915 der Verlag des „Deutschen Kurier“ an den Reichstagsabgeordneten Wachorf de Wente übergegangen ist. Die preßgesetzlich vorgeschriebene Verlagsangabe lautete aber: „Deutsche Kurier-Verlagsgesellschaft“. Die Kläger waren entriktet über diese Irreführung und nahmen auf Vorschlag des Richters ihre Klagen gegen die Gesellschaft zurück, um sie gleichzeitig gegen den Abgeordneten Wachorf de Wente zu erheben, dessen Vertreter die Forderungen auch anerkannte. Der Termin wurde darauf verlagert. Aus einer späteren Zeitungsmeldung geht nun hervor, daß durch einen Vertreter des genannten Abgeordneten zu Anfang November ein Rundschreiben an die Gläubiger erging, der Verlag des „Deutschen Kurier“ und sein Besitzer (Wachorf de Wente) befänden sich seit längerer Zeit in ersten finanziellen Schwierigkeiten, die Lage hätte sich so zugespitzt, daß ein Konkurs unvermeidlich erscheine: „In diesem Falle würden die Gläubiger so gut wie nichts zu erwarten gehabt haben, da greifbare Aktiva mit Ausnahme des schwer realisierbaren Verlagsrechts der Zeitung „Deutscher Kurier“ und der dem Vorzugsrechte des Vermeisters unterliegenden Möbel nicht vorhanden sind.“ Bei Einigung könnte, heißt es dann weiter, die Gläubiger 20 bis 30 Proz. von ihren Forderungen erhalten. Darin liegt ein auffallender Widerspruch, denn am 1. Oktober war bereits der „Deutsche Kurier“ in den Besitz des Deutschen Verlags (Wittenstein-Konern) übergegangen, von

einem „schwer realisierbaren Verlagsrecht“ kann also nicht gesprochen werden. Da Wachorf de Wente nach eigener Erklärung vollkommen überschuldet war, hätte er über das Verlagsrecht am „Deutschen Kurier“ nicht mehr verfügen können. Der Deutsche Verlag gab darauf die Erklärung ab, er habe nur zum Zweck des Weitererhaltens des Blatt als Kreuhänder übernommen. Die Verbindlichkeiten des Vorbesizers, der sein ganzes Vermögen durch den Betrieb verloren habe, blieben unberührt davon. Der Weiterbetrieb ist gestoppt.

Der Beschäftigungsgrad im Buchdruckergewerbe. Das „Reichsarbeitsblatt“ vermag über den Monat Oktober zu berichten: Die Buchdruckereien waren teils ebenso gut wie im Vormonat und im Vorjahre, teils aber waren sie weniger befriedigend beschäftigt. Von Zeitschriften- und Landkartenverlagereien wird berichtet, daß die vorliegenden Aufträge kaum zu bewältigen sind, und daß der Beschäftigungsgrad nicht nur besser als im Vormonat, sondern auch besser als im Vorjahr um die gleiche Zeit war. Von Zeitungsdruckereien wird aus West- und Mitteldeutschland dem September gegenüber wie im Vergleiche zum Oktober 1915 eine kleine Verbesserung gemeldet. Teilweise war Überstundenleistung notwendig.

Die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe. Fünf Fachverbände haben über zusammen 44647 Mitglieder dem „Reichsarbeitsblatt“ für Oktober berichtet, daß nur 208 = 0,5 Proz. ohne Beschäftigung waren. Für den September lautete die Vergleichsziffer 0,8 Proz., für Oktober v. J. 1,0 Proz. Die Buchdrucker liefen mit 0,3 Proz. Arbeitslosen aufgeführt (September: 0,6, August: 0,5, Juli: 0,8). Im Oktober 1915 waren 0,5 Proz. arbeitslos. Unter 37 Fachverbänden befinden wir uns an 29. Stelle (September: 20.). Die Satz- und Filzwarenarbeiter mit 24,5 und die Textilarbeiter mit 15,3 Proz. haben diesmal die meisten, die Bauarbeiter und die Kupfermeister mit je 0,1 Proz. die wenigsten Arbeitslosen aufzuweisen.

Die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden. Für Oktober lieferten dem reichsarbeitsblattlichen Amte 38 Gewerkschaften über 810481 Mitglieder Angaben. Am 28. Oktober wurden danach 15820 Personen gleich 2 Proz. als arbeitslos ermittelt. Für den vaterländischen Hilfsdienst wären also Arbeitslose nur ganz wenig aufzutreiben. Im September betrug die Arbeitslosenziffer 2,1 und im Oktober 1915 2,5 Proz.

Allgemeine Lage des Arbeitsmarktes im Oktober. Namentlich in den Betrieben, die unmittelbar für die Kriegswirtschaft arbeiten, war eine noch angelpantere Beschäftigung zu verzeichnen als im Vormonat und im Oktober 1915. Auch sonst ist, wie das „Reichsarbeitsblatt“ schreibt, der deutsche Wirtschaftskörper eher noch stärker geworden. Nach den Ängstweilen der Krankenkassen haben die männlichen Beschäftigten während des Oktober um 16915 oder 0,39 Proz. abgenommen (im September 1,22 Proz.), weibliche Arbeiter jedoch wurden 67686 oder 1,69 Proz. mehr gemeldet (im September nur 0,34 Proz.). Die Frauenarbeit hat also eine ganz besondere Steigerung erfahren.

Reichstag und Zivildienstgesetz. Nach nicht so glattem Verlaufe der Vorbereitungen im Hauptauschuß und einem von der Regierung eingegangenen Kompromiß betreffs Mitwirkung eines Reichstagsausschusses bei dem Erlaß allgemeiner Verordnungen zum Zweck der Ausführung des Gesetzes hat am 29. November das Plenum Stellung zu dem weittragenden Gesetze genommen. Der Reichskanzler, der Staatssekretär des Innern, der preussische Kriegsminister und der Präsident des neuen Kriegsamtes gaben der Vorlage Begründung, Erläuterung und Empfehlung. Der Standpunkt der Parteien macht die Annahme unzweifelhaft. Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft lehnte allein grundsätzlich und scharf die Vorlage und den durch sie verfolgten Zweck ab. Groß dieser mit großer Geiste erfolglosen Ablage an die Konzeptionschulerei hat die sozialdemokratische Abpflückerung eine Reihe von Abänderungen oder Zusatzträgen eingebracht, so daß das Zustandekommen des Zivildienstgesetzes auch für sie außer Zweifel steht. Dabei ist von ihr der Zeitungsbetriebe gedacht worden, die als vaterländischer Hilfsdienst angeleihen und von jedem Eingriffe verschont bleiben sollen. Man kann also auch praktisch handeln. Die Sparfahrsleute als noch extremere Richtung geben durch „ihr“ Organ, den „Volksfreund“ in Braunschweig, aber zu verstehen, daß sie auch in dieser Frage mit der Arbeitsgemeinschaft unzufrieden sind, weil sie wieder eine unklare Haltung einnehme. Es ist übrigens so gut wie sicher, daß nicht nur die Redaktionen, sondern der gesamte technische Betrieb von Zeitungen für die Zivildienstpflicht nicht in Betracht kommen. Bei den sonstigen Buchdruckereien wird wohl von Fall zu Fall entschieden werden, ob mit ihren Erzeugnissen unabweisbar dem allgemeinen Interesse gedient wird. Die sozialdemokratische Partei macht, wie der „Vorwärts“ schrieb und David ausführte, ihre Entscheidung davon abhängig, ob die von ihr bzw. von den Vertretern der Gewerkschaften als Mindestgrenze gestellten Entwürfe gebührende Berücksichtigung finden. Wozu unter Hinweis auf den an erster Stelle in dieser Nummer befindlichen Bericht über die Vorkämpfer- und Redakteurkonferenz ja genügend die hier einfallende Energie zur Wahrnehmung der Arbeiter- und Organisationsinteressen erkennbar wird. Die Geheimerrisse des preussischen Eisenbahnministers gegen die hauptsächlichlichen Eisenbahnerorganisationen, womit die Zuforderungen der Reichsregierung über den Kauf geworfen sind, ermahnen in erster Linie zur Vorsicht. Nur ganz bestimmte Erklärungen vermögen die Bedenken zu zerstreuen. Die übrigen Parteien brachten Wünsche oder Bedenken vor, die weniger zu belagen haben. Am 2. Dezember wird die dritte Lesung stattfinden und damit die Annahme. Driftlich wird das

schwierigste Gesetz die Verbesserungen aufweisen, die unumgänglich notwendig sind.

Verschiedene Eingänge.

„Feldpostdienst in Flandern.“ Herausgegeben von der „Killer Kriegszeitung“ in Lille. Preis in Pappband 1 Mk., in Stoff gebunden 1,75 Mk. Der Ertrag fließt der „Killer Kriegszeitung“ zu.

Briefkasten.

B. B. in M.: Zeitungen treffen jetzt fast durchweg verspätet ein. Die Berliner Morgenblätter erhalten wir z. B. meistens erst mit der Bestellung am Nachmittage um 3 1/2 Uhr. Wenn erst die neue „Verkehrszeitung“ heraus ist, wird es wohl mit der Postkäufe gehen. — M. G. in S.: Wegen des letzten Teiles siehe unter „Rundschau“ in Nr. 131. — D. M. in Fr.: Fast in jeder Nummer eruchen, ja sehen wir, uns mit überflüssigen Anfragen oder mit solchen, die auf anderem Wege ihre Erledigung finden müssen, zu verschonen, da es bei nur einem Redakteur nicht möglich ist, dem „Briefkasten“ — bei gehörigem „Andrange“ — etwa noch einen halben Tag für jede Nummer zu opfern. Ihre Sache ist doch eine Verwaltungsangelegenheit, für die der Geworfenbehr und dann der Verbandsvorstand die weiter zu befragenden und entscheidenden Instanzen sind. — S. S. in Z.: Sollte dieser Dreißend zustandgenommen sein, wird kein Auge trocken bleiben. — E. S. in Rostock: 2 Mk. — P. F. in Glogau: 4,25 Mk. — F. S. in Samburg: 4,70 Mk. — A. B. in Bonn: 3,50 Mk. — G. R. in Frankfurt: 2,15 Mk. — W. M. in Rudolfshadt: 3,35 Mk. — G. S. in Fr.: 2,45 Mk. — B. in Wln.: 2,60 Mk. — W. W. in E.: Aus G. ist noch nichts eingetroffen.

□ □ □ Verbandsnachrichten □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Gau Ostpreußen. Die Herren Oriskaffierer werden gebeten, eine Weihnachtsgeldauszahlung für die Gauen (5 Mk. für die Frau und 3 Mk. für jedes Kind unter 16 Jahren) für die zum Seere eingezogenen Mitglieder im Laufe des Monats Dezember zur Ausschüttung zu bringen. Für die einem Ortsvereine nicht angehörenden Mitglieder erfolgt die Ausschüttung seitens des Gaukassierers Krause. Auch die Witwen der gefallenen Kollegen erhalten die Unterstützung.

Adressenveränderungen.

Rendsburg. Kassierer: Th. Bur, Büdelsdorf bei Rendsburg, Innenstraße 6.

Jur Aufnahme gemeldet:

(Eingewandungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
Im Gau Berlin die Seher 1. Erich Dumke, geb. in Cammin i. Pom. 1898, ausgel. dal. 1916; 2. Walter Fischer, geb. in Schöneberg 1899, ausgel. in Berlin 1916; 3. Joseph Fedwab, geb. in Lodz 1896, ausgel. dal. 1913; 4. Fritz Krüger, geb. in Märk.-Friedland 1898, ausgel. dal. 1916; 5. Stephan Kwiatkowski, geb. in Warchau 1887, ausgel. dal. 1903; 6. Arthur Mirau, geb. in Berlin 1892, ausgel. in Erkrner 1911; 7. Gustav Pilz, geb. in Schöningen 1897, ausgel. dal. 1915; 8. Walter Puff, geb. in Berlin 1898, ausgel. dal. 1916; 9. Michael Siniacki, geb. in Warchau 1892, ausgel. dal. 1908; 10. der Maschinenlehre Peter Schäfer, geb. in Lodz 1894, ausgel. dal. 1912; die Drucker 11. Salomon Brenner, geb. in Lublin 1878, ausgel. in Warchau 1904; 12. Willi Galatsch, geb. in Guben 1897, ausgel. dal. 1915; 13. Kurt Möhl, geb. in Berlin 1897, ausgel. dal. 1916; 14. Stanislaus Swiefonski, geb. in Warchau 1894, ausgel. dal. 1910; 15. der Korrektor Martin Löwe, geb. in Pößitz 1873; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 16. Hermann Haase, geb. in Liebenwerda 1885, ausgel. in Senftenberg (M.-L.) 1904; 17. Paul Arens, geb. in Hartmannsdorf 1895, ausgel. in Tegel 1914; 18. Erich Ralchke, geb. in Berlin 1895, ausgel. in Fürstentberg 1913; 19. Rudolf Schönfelder, geb. in Küstrin 1893, ausgel. dal. 1913; 20. Lucian Sempelowski, geb. in Lodz 1896, ausgel. dal. 1914; waren schon Mitglieder. — A. Massini in Berlin SO 16, Engelauer 14.

Im Gau Mecklenburg-Lübeck der Seher Karl Klose, geb. in D.-Langendorf (Schlesien) 1884, ausgel. in Gr.-Warfenberg (Schlesien) 1902; war noch nicht Mitglied. — L. Dahnde in Schwerin, Rostocker Straße 19.

Im Gau Nordwest der Seher Maximilian Gehring, geb. in St. Ingbert (Reinpfalz) 1887, ausgel. dal. 1903; war schon Mitglied. — S. Puhhorn in Bremen, Falkenstr. 4.

Veranstaltungskalender.

Berlin. Maschinenlehreversammlung Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofsstraße 2.
Frankfurt a. M. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 3. Dezember, abends 7 Uhr.
Samburg. Maschinenlehreversammlung Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Stübzimmer 1).
Kaiserslautern. (Mittelrheinische Maschinenlehrevereinigung.) Bezirksversammlung Sonntag, den 3. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokal „Zum Saarber Bahnhof“ in Neustadt a. S., Am Neptunplatz.
Regnitz. Verammlung heute Sonnabend, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Mainz. Bezirksversammlung Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gartencafe des „Büchsenberg“.
Mannheim. Rudwigsplatz a. Rh. Maschinenlehreversammlung heute Sonnabend, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der „Stadt Aachen“.
(Stierzu eine Beilage.)

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 139 — Leipzig, den 2. Dezember 1916

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Deutscher Buchdruckerkalender für 1917

Von der neuen Auflage sind noch etwa 1000 Exemplare vorrätig. Für Einzelbestellungen sind durch Postanweisung 70 Pf., sonst 65 Pf. einzulenden. Sammelbestellungen werden mit 50 Pf. pro Stück und Postgeld berechnet. [378]

Alle Sammelbesteller, die noch nicht ihre Rechnungen beglichen haben, werden gebeten, dies sobald als möglich zu tun.

Zuschriften an Otto Schröder, Leipzig-Connewitz, Seheidterstraße 6.

In 21., verbesserter Auflage erschien das Buch: [686]

„Die kaufmännische Praxis“

Über 185 000 Exemplare verkauft! Tausende glänzende Anerkennungen! Enthält in klarer, leichtverständlicher Darstellung: Einfache, doppelte und amerikanische Buchführung (einschließlich Abschluß); Kaufmännisches Rechnen; Handelskorrespondenz; Kontorarbeiten (geschäftliche Formulare); Kaufmännische Propaganda; Geld-, Bank- und Briefwesen; Wechsel- und Scheckkunde; Versicherungen; Steuern und Zölle; Güterverkehr der Eisenbahn; Post-, Telegraphen- und Fernsprecherwerb; Kaufmännische und gewerbliche Rechtskunde; Gerichtsverfahren; Kriegsrecht; Erklärung kaufmännischer Fremdwörter und Abkürzungen; Verschiedenes; Alphabetisches Sachregister. — Das 384 Seiten starke, schön gebundene Buch wird franco geliefert gegen Einzahlung von nur 3,30 Mk. oder unter Nachnahme von 3,50 Mk. Richard Diefler, Verlag, Berlin SW 29 A. V.

Königl. Sächsische Landes-Lotterie

— 110.000 Lose — 65.000 Gewinne und 1 Prämie in 5 Klassen. —

Jedes 2. Los gewinnt. | Ziehung 1. Klasse am 8. u. 9. Dezember 1916. | Jedes 2. Los gewinnt.

800.000 Spec	500.000	500.000
300.000 M	200.000	200.000
150.000 M	100.000	100.000

(in Österreich verbotlich)

Paul Lippold Königl. Sächsischer Lotterie-Kollektor Leipzig Richard-Wagner-Strasse 10.
Postcheckkonto: 50726 Leipzig.

Tüchtige Mazidenz- und Wertseker

sucht sofort Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Handseker, Maschinenmeister Monotypeseker und -gießer

sucht gesucht von Gebhardt, Zahn & Landt, G. m. b. H., Berlin-Schöneberg, Belgier Straße 61.

Tüchtige Maschinenmeister

in dauernde Stellung gesucht. Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Tüchtiger Maschinenmeister

für Schnellpresse in angenehme, dauernde Stellung bei hohem Lohn gesucht. [377] Oskar Martin, Buchdruckerei, Chemnitz.

Zwei tüchtige, militärfreie Werkdrucker

in angenehme, dauernde Stellung gesucht. Kenntnisse Königs Vogenanleger erwünscht, aber nicht Bedingung. Reise- bzw. Umzugsvergütung. Antritt jederzeit; guter Lohn. F. C. Saag, Melle (Prov. Hann.).

Rotationsmaschinenmeister

für Zeitung gesucht. [372] W. Bügenstein, Berlin SW 48, Friedrichstraße 240.

Einen tüchtigen Maschinenmeister

sucht Breslauer Genossenschafts-Buchdruckerei, G. G. m. b. H., Breslau I. Urfüllerstraße 1.

Selbständig arbeitender, militärfreier

Schweizerdegen oder Maschinenmeister

der gelegentlich Platten ausgießt, in dauernde, angenehme Stelle gesucht. Anfangslohn 45 Mk., bei guten Leistungen mehr. [370]

„Köpenicker Tageblatt“, Köpenick-Berlin.

Stereotypseker sofort gesucht

für Kund- und Nachstereotypie. Bewerber muß militärfrei sein. [380]

Verlag der „Tribüne“, Erfurt.

Galvanoplastiker, Stereotypseker

auch

Seker und Schriftgießer

die gewillt sind, in der Stereotypie zu arbeiten, sowie [364]

Silksarbeiter aus diesem Berufe

werden für sofort gesucht von

W. Bobach & Co., Leipzig, Frommannstraße 8/10, Abteilung Druckerei.

Monotypeseker

auch kriegsbeschädigt, jedoch militärfrei, findet dauernde Stellung. Angebote mit Lohnforderung und Angabe früherer Tätigkeit erbeten. Auch sind wir bereit, einen militärfreien Schriftgießergehilfen auf unsere Kosten anzunehmen. Hiererische Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-A.). [101]

Tüchtige Schriftgießer

für Foucher-Komplettmaschinen sofort gesucht. [373]

Wilhelm Woellmers Schriftgießerei, Berlin SW 48, Friedrichstraße 226.

Zwei Seker

für Mazidenz können sofort oder später bei uns eintreten. Gest. Angebote mit Lohnansprüchen erbeten. „Begniger Anzeiger“, Begnig.

Anzeigenseker

werden infolge Einberufung sofort gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen an Reinhold Tabetz, Zeitz. [314]

Mazidenzseker

Werkseker

Typograph- und

Monotypeseker

Maschinenmeister

Stereotypseker

jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht. [344]

Oscar Brandstetter

Leipzig.

Tüchtiger

Schriftseker

für besseren Werklohn sofort oder 14 Tage nach Engagement gesucht. [330] Hofbuch- und Steindruckerei Diefisch & Brückner, Wilmars.

Tüchtiger Seker

findet sofort Stellung. [382] Buchdruckerei Ferdinand Dornel's Erben, Waldenburg i. Schl.

Schriftseker

Linotypeseker

Maschinenmeister

Stereotypseker

Buchbinder

finden Stellung und wollen sich mit Gehaltsforderung melden bei [359] S. E. Hermann, Berlin SW 19, Beuthstraße 8.

Tüchtiger Informatenseker

somit gesucht. „Allgemeine Zeitung“, Chemnitz.

Seker und Schweizerdegen

oder Maschinenmeister (auch kriegsbeschädigt) sofort in dauernde, angenehme Stellung gesucht. „Swinemünder Tageblatt“.

Ein Schriftseker und

ein Maschinenmeister

für sofort in dauernde Stellung gesucht. Reise wird vergütet. [172] Weferdruckerei Geesfemünde.

Tüchtiger Linotypeseker

somit gesucht. „Allgemeine Zeitung“, Chemnitz.

Monotypeseker

für D-Zeller für sofort oder später bei hohem Lohne gesucht. [333] H. W. Hann's Erben, Berlin SW 68, Zimmerstraße 29.

Ein Maschinenmeister

in dauernde, angenehme Stellung gegen hohem Lohn gesucht. [369] G. S. Bankauf, Buchdruckerei, Bochum.

Maschinenmeister und Schriftsetzer

bei hohem Lohn in Dauerstellung sofort verlangt von
Buchdruckerei Friedrich Schölem,
Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 8.

Maschinenmeister

mit Vorzug, für sofort oder später gesucht. [375]
H. Wulfram Nachf., Wismar i. Mecklb.

Maschinenmeister

für Flach- und Illustrationsdruck in Dauer-
stellung gesucht. Schriftliche Angebote mit
Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen an
„Germania“ A. G.,
Berlin C 2, Stralauer Straße 25.

Buchdruckmaschinenmeister

für Schnellpresse und Tiegell, möglichst vertraut mit
Vollger Intivarial, gesucht. Angebote mit Lohn-
forderungen an
Hud. Barth, Dresden-Nr. 138

Stereotypen

bei wöchentlich wechselnder Tag- und Nacharbeit
sofort gesucht. Gelegenheit zur Ausbildung an
der Autoplate jun. geboten. Ausführliche An-
gebote mit ausführlicher Bewerber erbeten. [361]
„Stuttgarter Neues Tagblatt“

Seher- oder Stereotypen

für dauernde Stellung sucht [368]
Karl Bäcker, Danzig, Röpergasse 7.

Militärfreier Korrektor

Mehrere Jahre als solcher tätig gewesen, davon
drei in Stellung, auch guter Tabellen- und mathe-
matischer Seher. Berechtigung zur Ausbildung
von Lehrlingen, sucht sich zu verändern. Offerten
an: Paulenschlager, Leipzig, Weststr. 82 I, erbeten.

Rat und Hilfe

bei technischen Schwierigkeiten finden Sie in dem
Leitfaden für Buchdrucker. [192]
Wie soll ich zurecht kommen?
105 Seiten Text mit 20 Abbildungen und 20 Tafeln
auf Kunststuck. Preis 1,50 Mk. und 10 Pf. Porto
(Voreinsendung.)
Zu beziehen vom Verfasser:
M. Rauch, Stuttgart, Ludwigstraße 20 I.

**H. MATHAEUS
DESSAU**
Flossergasse 46
Katalog gratis u. fr.

Ählen und Pinzetten, Werkzeuge für Ton-
klüßen empfiehlt A. Siegl, München 7.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photomechanische Verfahren,
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Prospekte frei. Kunstgewerbeschule
Barmen



Teilzahlung
Uhren und Schmucksachen, Photo-
artikel, Sprechmaschinen, Musik-
instrumente, Vaterland, Schmuck,
Spielwaren und Bücher,
Kataloge umsonst u. portofrei liefern
Jonass & Co., Berlin A. 407,
Belle-Alliance-Str. 7-10.

Spielwaren
aller Art, grosse Aus-
wahl; auch Christ-
baumschmuck
Märchen- und Bilderbücher,
Knaben- u. Backfischbücher
Teilzahlung
Spezial-Preisliste umsonst
und portofrei.
Jonass & Co., Berlin Sp. 40
Belle-Alliance-Strasse 7-10.

Stenographen-Bereinigung Stolze-Schren

besteht weiter. Frühere Mitglieder, die ver-
zogen und daher nicht mehr erreichbar waren, so-
wie neue Mitglieder wollen sich wenden an
W. Mellner, Breslau 9, Brigittenal 19.
„Bereinsmitteilungen“ von 1916 werden, soweit
Vorrat, nachgeliefert. [365]

Zeilenmaß mit sämtlichen Einteilungen 20 Bl.
E. Friz, Mainz, Mainstraße 30.

Nach längerem Leiden, jedoch unerwartet
schnell, verschied nach einem Leben voll Ar-
beit unser unergiebiger Kollege und Vor-
sitzender der Mitgliedschaft Straubing.
Jakob Silmer
Maschinenseher in der Cl. Altkoerischen
Buch- und Kunstdruckerei, im Alter von
47 Jahren. [347]
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft Straubing.

Am Freitag, dem 24. November, ver-
schied sanft unser lieber Kollege, der Seher-
invalide [355]
Friedrich Wanke
im Alter von 60 Jahren.
Sein Andenken wird in Ehren halten
Der Ortsverein Halle a. S.

Nach längerem Leiden verstarb am
26. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, am
Herzschlag unser liebes Mitglied, der
Schriftsetzer [367]
Fritz Stein
aus Strehlen, im Alter von 45 Jahren.
Wir werden ihm ein dauerndes Andenken
bewahren.
Ortsverein Görlitz.

Nach 1 1/2-jährigem schweren Leiden ver-
starb am 24. November im Alter von
45 Jahren unser lieber Kollege, der Korrektor
Ernst Günzel.
Seine Gutmütigkeit und sein biederer
Charakter machen uns sein Scheiden be-
sonders schmerzhaft und sichern ihm ein
dauerndes Gedenken. [376]
Die Schiffsen der „Dresdner Nachrichten“
(Kiesch- & Reichardt).

Am 20. November verschied nach länge-
rem Leiden unser lieber Kollege und Vor-
sitzungsmitglied, der Seher [325]
Robert Gruhn
im Alter von 31 Jahren.
Ein ehrendes Andenken wird ihm all-
zeit bewahren
Der Bezirksverein Glogau.

Am 22. November verschied nach länge-
rem Leiden unser lieber Kollege, der Seher-
invalide [322]
Albert Nießner
im Alter von 74 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Kottbus i. M.

Nach kurzer Krankheit verstarb der am
9. Dezember 1848 in Siegburg geborene
Seherinvalide [338]
Karl Schiffbauer
Der Verstorbene gehörte seit 1879 dem
Verband an und war ein treuer Kollege.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Bezirks- und Ortsverein Duisburg.

Am 19. Oktober erlitt den Selbentod
infolge Herzschlusses am 16. Oktober unser
lieber Kollege, der Seher [337]
Joseph Rapp
aus Schenhausen (Bayern).
Wir werden diesem braven Kollegen
stets ein treues Andenken bewahren.
Mitgliedschaft Eibenberg-Welter
im Allgäu.

Als 25. Opfer des Völkerringens be-
klagt der Bezirks- und Ortsverein Erfurt
den Kollegen [323]
Erich Schreiner
der am 13. November an seiner schweren
Verwundung in einem Kriegsjahre im
Alter von 24 Jahren gestorben ist.
Sein Andenken werden wir stets in
Ehren halten.
Bezirks- und Ortsverein Erfurt.

Ein Opfer des Weltkriegs wurde unser
lieber Kollege, der Maschinenseher [326]
Wilhelm Senjel
geboren am 9. Mai 1872 in Hagenow.
Ein ehrendes Andenken wird ihm be-
wahrt
Der Norddeutsche Maschinenseherverein
(Sitz Hamburg).

Schon wieder beklagen wir ein Opfer
dieses schrecklichen Weltkriegs. Am 4. No-
vember fiel der Schriftsetzer [357]
Richard Schaller
im 47. Lebensjahre.
Mit ihm ist, uns ein lieber Kollege, ein
langjähriger Mitarbeiter und treues Ver-
bandsmitglied entzogen worden!
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kollegen
der Buchdruckerei W. Roefer, Berlin.

Wieder hat unser Bezirksverein durch
das Völkerringen vier Mitglieder verloren:
Hermann Botge [336]
Drucker aus Quedlinburg;
Joseph Hamelmann
Seher aus Vöhrheim (Pfalz);
Peter Reichert
Seher aus Bonn;
Ernst Stauber
Prinzipal aus Grenzhausen (Nassau).
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen
Der Bezirksverein Bonn.

Am 16. September verstarb an seiner
erkrankten Verwundung unser lieber Kollege,
der Drucker. [380]
Richard Schönewolf
aus Frankfurt a. M., 20 Jahre alt.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Frankfurt a. M.

Am 4. November erlitt den Tod für
das Vaterland unser lieber Kollege, der
Maschinenseher [354]
Karl Kießewetter
aus Ohlau (Schlesien), im Alter von
27 Jahren.
In Ehren werden seiner stets gedenken
Die Kollegen der
„Frankfurter Nachrichten“,
Frankfurt a. M.

Als Opfer des Völkerringens erlitt am
8. November den Heldentod unser lieber
Kollege, der Schlichte [324]
Fritz Mißemeyer
Ein dauerndes, ehrendes Andenken
wird ihm bewahren
Der Ortsverein Ansbach.

Ein Opfer des Kriegs wurde am
17. November unser treues Mitglied, der
Graveur [339]
Karl Biernickel
aus Frankfurt a. M., 41 Jahre alt.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Schriftsetzervereinigung
Frankfurt a. M.-Offenbach.

Den Heldentod für das Vaterland erlitt
infolge Herzschlusses am 16. Oktober unser
lieber Kollege, der Seher [366]
Oswald Schumann
aus Gührau.
Ein ehrendes Andenken wird ihm be-
wahren
Der Bezirksverein Glogau.

Wiederum hat der Heimatverein zwei Opfer
aus unserer Mitte gefordert. Nach 27 monatiger
Kriegsteilnahme fiel der Maschinenmeister
Max Preißer
Inhaber des Eisernen Kreuzes und der
Weimarschen Verdienstmedaille
aus Weida im 32. Lebensjahre.
Weiter fiel im Alter von 21 Jahren der
Maschinenseher [346]
Kurt Händel
aus Rudolfsbad, zuletzt in Hannover in
Stellung.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen
Der Ortsverein Rudolfsbad.

Ein weiteres Opfer hat der Weltkrieg
unsern Ortsverein gefordert. Am
19. November fiel unser lieber Kollege, der
Drucker [356]
Adolf Thomas
im Alter von 20 Jahren.
Sein Andenken wird stets in Ehren
halten
Der Ortsverein Halle a. S.
Der Gesangsverein „Gutenberg“.

Übermals haben wir den Verlust eines
lieben, braven Kollegen zu beklagen. Bei
einem Sturmangriff am 15. November fiel als
fünftes Opfer unseres Ortsvereins der Seher
Ernst Brand
Inhaber des Eisernen Kreuzes
aus Gifhorn im blühenden Alter von
23 Jahren. Sein kollegiales Wesen sichert
ihm bei uns ein ehrendes Andenken. [348]
Ortsverein Gifhorn.

Als Opfer des Weltkriegs er-
litten den Tod die Kollegen
(Riße 25):

- Cohnke, Max (S.), geb. in Berlin 28./12. 1895.
 - Dankowski, Artur (S.), geb. in Berlin 5./9. 1889.
 - Chemann, Artur (Graf), geb. in Leipzig 6./7. 1881.
 - Cule, Max (S.), geb. in Berlin 20./10. 1888.
 - Fuchs, Oskar (Dr.), geb. in Berlin 4./7. 1877.
 - Gerling, Richard (Schw.), geb. in Königsberg 14. 3. 1880.
 - Grohe, Georg (S.), geb. in Charlottenburg 11. 5. 1894.
 - Holz, Otto (S.), geb. in Leopoldshall 14./10. 1892.
 - Jahn, Artur (Dr.), geb. in Berlin 9./1. 1893.
 - Kaiser, Wilhelm (M.-S.), geb. in Alkenburg 11. 4. 1880.
 - Kantowski, Ernst (Dr.), geb. in Berlin 13. 3. 1883.
 - Klaus, Georg (Dr.), geb. in Oberegg 23./1. 1880.
 - Knaack, Eduard (S.), geb. in Marwitz 13./5. 1886.
 - Koch, Herbert (S.), geb. in Tempelhof 19./7. 1892.
 - Kohn, Gustav (S.), geb. in Brügge 22./12. 1877.
 - Kunzenberger, Otto (M.-S.), geb. in Regensburg 9./1. 1879.
 - Menz, Hermann (S.), geb. in Schöneberg 15./9. 1889.
 - Mohr, Hermann (S.), geb. in Berlin 9./2. 1890.
 - Otto, Erich (S.), geb. in Berlin 15./12. 1896.
 - Pelzer, Richard (S.), geb. in Michersleben 19./9. 1880.
 - Pöcher, Max (S.), geb. in Berlin 2./4. 1880.
 - Rosemann, Willi (S.), geb. in Reichendorf 24./7. 1878.
 - Scheffler, Wilhelm (S.), geb. in Steglitz 10./6. 1884.
 - Schleußner, Franz (Schw.), geb. in Berlin 16./1. 1878.
 - Vogel, Friedrich (S.), geb. in Goffschimm 25./3. 1889.
 - Zilsdorf, Willy (S.), geb. in Trepow 5. Berlin 6./5. 1886.
- Ihr Andenken wird stets in Ehren halten
Berlin, 27. November 1916
**Der Verein der Berliner
Buchdrucker und Schriftsetzer.**